

PROGRAMMIERTE AKTIVITÄTEN VON REDES CRISTIANAS BIS 2024, DIE IN DEN WORKSHOPS DES TREFFENS VORGESCHLAGEN WURDEN.

WORKSHOP ZUM UNIVERSELLEN GRUNDEINKOMMEN (UBI):

Während wir uns auf das UTOPIA der Einführung des UBI zubewegen, müssen wir die Erfüllung aller Pläne des Mindesteinkommens für das Leben und des garantierten Mindesteinkommens für die Bürger und andere Beiträge der spanischen autonomen Regionen unterstützen, damit zumindest die schwere Armut verschwindet und somit die Europäische Sozialcharta eingehalten wird.

2°. Redes Cristianas und seine Mitgliedsgruppen bestätigen, dass sie das UBI unterstützen.

3°. Es wurden weitere Vorschläge unterbreitet, wie z.B. die Einführung der UBI in den bevölkerungsarmen Gebieten Spaniens und in den ärmsten Stadtvierteln Spaniens, über die jedoch noch keine Einigung erzielt werden konnte.

WORKSHOP ZUR IMMATRIKULATION

Ausarbeitung eines endgültigen Vorschlags in einer Versammlung der Christen, um die Rückgabe der Tausenden von historischen Gebäuden und Grundstücken an die Nation zu erreichen, die in den letzten Jahren als Eigentum der katholischen Kirche registriert (immatrikuliert) wurden.

WORKSHOP ÜBER DIE EINSCHRÄNKUNG VON FRAUEN IN DER KIRCHE

1- Damit die Frauen vorankommen, müssen die Männer die Aufgabe übernehmen, sich um die Familienmitglieder zu kümmern und diese Verantwortung mit den Frauen zu teilen. Dies wird es den Frauen ermöglichen, in der Kirche und in der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen, anstatt sich auf das Haus zu beschränken. Die Pflege ist für die Aufrechterhaltung des Lebens unerlässlich, doch muß sie von Männern und Frauen gleichermaßen übernommen werden.

2. Es ist notwendig und dringend, Bündnisse mit Frauen anderer Glaubensrichtungen zu schließen und mit anderen Vereinigungen und Nichtregierungsorganisationen zusammenzuarbeiten, um Fortschritte bei der Verwirklichung einer gleichberechtigten und gerechten Gesellschaft und Kirche zu erzielen. Wir müssen uns auf das konzentrieren, was uns eint und was wir gemeinsam haben, ungeachtet dessen, was uns trennt.

3. Wir müssen Veränderungen in der Liturgie fördern, sowohl in der Form als auch im Inhalt, unter Beteiligung aller Gemeindemitglieder, insbesondere der Frauen. Wir müssen das Leben nach tiefem Nachdenken, aber in einem Geist der Fröhlichkeit feiern.

WORKSHOP ÜBER PANDEMIE UND FRAGILITÄT

1. Die Erfahrung der Pandemie hat uns zu einer Erfahrung von HOFFNUNG und VERZERRUNG im Leben des Planeten geführt. Wir verstehen, dass die Ursache für die gegenwärtige Krise in der menschlichen Aktivität in der Natur liegt. Als Christen erkennen wir die Dringlichkeit einer persönlichen und gesellschaftlichen Veränderung dieser toxischen Grundhaltung von Besitz, Herrschaft, Macht usw., die in unserer Gesellschaft vorhanden ist. Wir müssen andere Parameter leben und teilen, die auf der verantwortlichen Fürsorge für andere und auf der Erfahrung von Geschwisterlichkeit und Respekt für die Natur beruhen.

2. - Die Zerbrechlichkeit, die die Pandemie offenbart hat, zeigt uns alle Vorteile, die wir erhalten haben und weiterhin erhalten. Dies führt zu einer Haltung der Dankbarkeit, und gleichzeitig wurden wir uns unserer Privilegien bewusst, die nicht universell sind, und unserer Aufgabe, sie zu erweitern, sie zu teilen und jene Brüderlichkeit und Schwesternschaft zu schaffen, die die Pandemie gezeigt hat.

3. Entwurf operativer Schlussfolgerungen: Aufgrund unserer Erfahrungen mit der Pandemie und unserer Zerbrechlichkeit erkennen wir die Dringlichkeit eines persönlichen und strukturellen Wandels, sowohl auf lokaler als auch auf globaler Ebene.

4 - Wir müssen Fürsorge, SOLIDARITÄT, NACHHALTIGKEIT (das Wesentliche konsumieren), GRATUITÄT und VERANTWORTUNG kultivieren.

5.- Wir müssen uns in Aktivitäten engagieren, die darauf abzielen, die Parameter zu verändern, die das Leben auf dem Planeten begünstigen, und zwar auf lokaler Ebene (Mikroebene): Ernährung, Kleidung, Teilen von Gehältern, Recycling, auf Nachbarschafts-, Stadtteil- und Familienebene usw.

6 - Als Gläubige müssen wir die Vorteile der Zugehörigkeit und des Teilens als GEMEINSCHAFT in all ihren Aspekten erklären.

7.- Wir müssen klare, kritische Positionen zu den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ebenen (Makroebene) einnehmen, die die Verschlechterung des Lebens auf dem Planeten und der Menschheit beeinflussen.

8.- Wir müssen HOFFNUNG durch die Arbeit an diesen Zielen stärken.

FRATELLI TUTTI WORKSHOP

Die Vorschläge/Verpflichtungen in unserem Workshop sind: Innerhalb der Kirche als RRCC (Abkürzung für Redes Cristianas) an der Synode teilzunehmen, die bereits begonnen hat, indem wir unsere Vorschläge direkt an das Sekretariat der Synode schicken. Die Vorschläge würden die Grundlage für die bereits erarbeiteten Dokumente bilden und es wäre angebracht, dass die Gemeinschaften ihre Beiträge überprüfen. Außerhalb der Kirche: Arbeit an der Mentalität und der Erziehung in den Commons¹, um eine Zukunft mit einem anderen Gemeinsinn zu schaffen². Stärkere Beteiligung an Volksmobilisierungen und aktive Teilnahme an sozialen Bewegungen, z. B. zur Unterstützung derjenigen, die aufgrund von Arbeitslosigkeit, unbezahlten Hypotheken ihr Haus verlieren, im Bereich der öffentlichen Gesundheit und Bildung, der Umwelt usw. Soziales und politisches Handeln müssen miteinander verbunden werden. Wir sollten einen grünen Sozialismus unterstützen, uns an sozialen Organisationen wie Verbrauchergruppen und Genossenschaften beteiligen; unser Geld in Finanzgenossenschaften anlegen, wo wir an der Entscheidungsfindung teilnehmen können. Wir sollten uns aus dem Stromoligopol zurückziehen und uns an Energiegenossenschaften beteiligen. Wir sollten uns verpflichten, in den kommenden Jahren Artikel über unsere Arbeit zu den oben genannten Themen an die RRCC-Website zu schicken.

¹Was verstehen wir unter "den Gemeingütern"?

Unter "Gemeingütern" verstehen wir in unseren wohlfahrtsstaatlichen Gesellschaften im Wesentlichen die sozialen Rechte, die in Titel I Kapitel II Abschnitt II der spanischen Verfassung für alle Bürgerinnen und Bürger anerkannt sind, darunter:

- Recht auf Arbeit, Recht auf Tarifverhandlungen, das Recht auf Vereinigungsfreiheit und das Streikrecht.
- Recht auf sozialen Schutz im Bedarfsfall (Sozialversicherung, Krankenurlaub, Arbeitslosigkeit, Rente, Mutterschaft usw.).
- Recht auf eine menschenwürdige und angemessene Wohnung.
- Recht auf kostenlose und hochwertige Bildung.
- Recht auf Gesundheit und eine gesunde Umwelt,
- Recht auf Zugang zur Kultur und zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens in der Gemeinschaft.
- Recht auf eine gerechte und progressive Besteuerung, usw.

Diese Rechte sind laut der spanischen Verfassung für die öffentliche Hand verbindlich, die ihre Erfüllung garantieren muss:

- Die Behörden "gewährleisten den sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Schutz der Familie" (Artikel 39.1 EGV).
- Sie sind dafür verantwortlich, "die Gesundheit und die Sicherheit am Arbeitsplatz" zu gewährleisten und "die notwendige Erholung durch eine Begrenzung der täglichen Arbeitszeit, regelmäßigen bezahlten Urlaub und die Förderung geeigneter Zentren" zu garantieren (Artikel 40.2 EGV).
- Die öffentlichen Behörden "unterhalten ein öffentliches System der sozialen Sicherheit für alle Bürger, das ausreichende soziale Unterstützung und Leistungen in Notlagen, insbesondere bei Arbeitslosigkeit, gewährleistet" (Art. 41 EGV).

Das "Recht auf Gesundheitsschutz" wird anerkannt und geschützt (Artikel 43 Absatz 1 EG-Vertrag). Es ist jedoch Aufgabe der Behörden, "die öffentliche Gesundheit durch vorbeugende Maßnahmen und die erforderlichen Leistungen und Dienste zu organisieren und zu schützen" (Artikel 43 Absatz 2 EG-Vertrag).

Die Behörden "fördern und schützen den Zugang zur Kultur" (Artikel 44 Absatz 1 EG-Vertrag).

Das Recht auf "eine der Entwicklung des Menschen förderliche Umwelt" (Artikel 45 Absatz 1 EG-Vertrag) wird anerkannt, und die Behörden sind dafür verantwortlich, "die rationelle Nutzung aller natürlichen Ressourcen zum Schutz und zur Verbesserung der Lebensqualität sowie zum Schutz und zur Wiederherstellung der Umwelt" sicherzustellen (Artikel 45 Absatz 2 EG-Vertrag).

Das Recht auf eine menschenwürdige und angemessene Wohnung wird anerkannt und verkündet, und die Behörden haben die Aufgabe, "die notwendigen Voraussetzungen und [...] die einschlägigen Vorschriften zur Verwirklichung dieses Rechts" zu fördern (Artikel 47 EG-Vertrag).

-Die öffentliche Hand "gewährleistet durch angemessene und regelmäßig aktualisierte Renten die wirtschaftliche Existenz der Bürger im Alter" (Artikel 50 EGV).

2 Was verstehen wir unter einem "anderen gesunden Menschenverstand"?

Alle diese Rechte und die Verantwortung der öffentlichen Hand, sie zu erhalten und zu stärken, sind bedroht und werden durch die aufeinanderfolgenden Arbeits-, Bildungs- und Gesundheitsreformen, die Privatisierung des öffentlichen Wohnungsbaus, die Privatisierung der Renten, die Auslagerung von Altenheimen usw. abgeschafft oder abgebaut. So wird das, was in der Verfassung als Rechte proklamiert wird, die von der öffentlichen Hand garantiert werden müssen, zu einer Geschäftsgrundlage für große Privatunternehmen und Investmentfonds.

In den Medien, dem Bildungssystem, den Lebensbedingungen usw. bildet sich nach und nach ein "gesunder Menschenverstand" heraus, der diese Praktiken begünstigt, die die wirksame Umsetzung der sozialen Rechte (der "gemeinsamen" Rechte) beeinträchtigen. Die Anteilseigner dieser Plattformen für die Schaffung und Verbreitung des "gesunden Menschenverstands", der neoliberalen ideologischen öffentlichen Meinung, sind letztlich dieselben, die vom Privatisierungsprozess profitieren.

Die UN-Berichtersteller für soziale Rechte haben dies angeprangert: "Das Coronavirus zeigt die katastrophalen Auswirkungen der Privatisierung der Grundversorgung. Die Umwandlung der öffentlichen Dienstleistungen in ein Finanzprodukt hat zu höheren Preisen, einer Verschlechterung ihrer Qualität und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ihrer Beschäftigten geführt. Private Unternehmen richten sich nicht nach den öffentlichen Interessen, sondern nach denen ihrer Aktionäre.

Wenn wir sagen, dass wir beabsichtigen, "einen anderen gesunden Menschenverstand zu schaffen", meinen wir damit, dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten Nachrichten, Überlegungen, Berichte usw. verbreiten werden, die mit der Verteidigung und dem Ausbau der in der Verfassung anerkannten sozialen Rechte im Einklang stehen. Und das ist gegenwärtig ein anderer gesunder Menschenverstand als der der veröffentlichten Meinung der herrschenden Klasse.

WORKSHOP: ERNSTE FOLGEN DER PANDEMIE: EIN BLICK AUF DIE REALITÄT DER ARBEITSWELT UND DER ARBEITSBEDINGUNGEN.

Vorschläge für Aktionen aus dem Workshop:

1. Das Leben und die Kämpfe der Menschen zu begleiten, die unter ungerechten Bedingungen leben, die durch ein ungerechtes Wirtschafts- und Arbeitssystem verursacht werden, indem wir eine Mitverantwortung für die Förderung eines Mentalitätswandels in den Kontexten übernehmen, in denen wir uns bewegen, der den Menschen in den Mittelpunkt der Arbeitswelt stellt, indem wir das Gemeinwohl anstreben und die Verdienste der wirklich wichtigen Arbeitsplätze schätzen (unter anderem all jene, die mit der Pflege anderer zu tun haben, wo die Mehrheit der Pflegekräfte Frauen sind). Wir müssen auch unsere Formen des Konsumverhaltens überdenken und sie als ein mächtiges Instrument für politische Interventionen nutzen.
2. Die unverhältnismäßigen Gewinne und die Steuerhinterziehung einiger Unternehmen anprangern, indem wir eine strukturelle Veränderung der Institutionen (Behörden, politische Parteien, das Gesetz, die Kirche...) fordern. Und sich für eine gerechtere Verteilung der bestehenden Arbeitsmöglichkeiten einsetzen, so dass alle einen anständigen Arbeitsplatz haben und an den "Gewinnen" teilhaben können (mit einer linearen Verteilung der Lohnerhöhungen).
3. Am Aufbau und der Sichtbarkeit alternativer Erfahrungen zur derzeitigen Lebensweise mitwirken, sowohl persönlich als auch gesellschaftlich. Das Problem des Zugangs junger Menschen zur Arbeitswelt sichtbar machen und auf ihre Schwierigkeiten hinweisen, eine angemessene Ausbildung zu erhalten. Verzichten Sie auf eine Verlängerung des Rentenalters, um den neuen Generationen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
4. Konkrete Unterstützung der eingewanderten Arbeitnehmer, indem eine Änderung des Ausländergesetzes gefordert wird, das ihre Ausbeutung und den Tod von Tausenden von Einwanderern in den offenen Booten, die im Mittelmeer Schiffbruch erleiden, begünstigt.

VORSCHLAG DER SYNODALITÄT:

Unabhängig von der individuellen Teilnahme an der Synode stimmt der Koordinierungsausschuss von Redes Cristianas dem Vorschlag eines der Workshops zu und schlägt vor, im Namen von Redes Cristianas ein Dokument zu verfassen, das wir veröffentlichen und an das Sekretariat der Synode (und vielleicht auch an die Diözesen) schicken. Dieses Dokument würde sich auf die lange Geschichte der Mitgliedsgruppen von Redes Cristianas und ihre Vorstellungen von der Kirche stützen. Es würde auch die Meinungen anderer, uns nahestehender Gruppen einholen, die nicht unbedingt katholisch sind und von der Peripherie aus einen

Beitrag leisten können. Das Dokument soll bis Mitte Februar 2022 von den Redes Cristianas-Mitgliedsgruppen ausgearbeitet und überarbeitet werden.

Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version)